

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/75

21. April 1976

Modell für gegenseitiges Vertrauen

Der "Rahmenvertrag" zwischen Bonn und Danzig

Von Hans Koschnick

Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen und stellv. SPD-Vorsitzender

Seite 1 + 2 / 63 Zeilen

Perspektiven deutsch-afrikanischer Beziehungen

Bonn braucht eine aktive deutsche Afrikapolitik

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 3 + 4 / 78 Zeilen

Klarstellungen durch Biedenkopf

Zum Thema Alternative oder Alternativlosigkeit

Seite 5 / 42 Zeilen

Hilfen für Lärm- und Wärmeschutz im Altbau

Sonderabschreibungen vom Finanzausschuß verabschiedet

Von Dr. Rolf Böhme MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Seite 6 / 39 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 86 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 65 11

Modell für gegenseitiges Vertrauen

Der "Rahmenvertrag" zwischen Bonn und Danzig

Von Hans Koeschnick

Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen
und stellv. SPD-Vorsitzender

"Nach so viel emotionaler Leidenschaft in der Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses ist Nüchternheit in den beiderseitigen Beziehungen möglicherweise heilsamer als enthusiastische Vereinnahmung." So steht es im Vorwort von Martin Broezats "200 Jahre deutsche Polenpolitik", geschrieben kurz nach der Ratifizierung des "Warschauer Vertrages" im Jahre 1972.

Die Erfahrungen der letzten drei Jahre haben bewiesen, wie berechtigt diese Warnung vor überspannten Erwartungen geworden war. Der Vertrag von Warschau war eben nicht, wie viele Menschen diesseits und jenseits der Grenze geglaubt und vor allem gehofft hatten, der Schlußstrich unter die letzten 30,40 Jahre deutsch-polnischer Geschichte; seine historische Bedeutung lag vielmehr darin, daß er die Erfahrungen jüngerer, leidvoller Vergangenheit rational und damit politisch verarbeitend - die Möglichkeit zu einem gemeinsamen Neubeginn eröffnete.

Dieser Hinweis scheint mir notwendig, damit sich nicht erneut, diesmal nach der Ratifizierung der wichtigen deutsch-polnischen Vereinbarungen des Frühjahrs 1976, Euphorie ausbreitet. Es schmälert die Bedeutung dieser Abkommen nicht, wenn man darauf aufmerksam macht, daß sie - ihrer Natur nach - in erster Linie dazu dienen, die Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses nachhaltig zu verbessern. Normalisierung, Aussöhnung, Freundschaft, das läßt sich nun einmal nicht nur per Abkommen regeln, nicht nur durch den Händedruck der Regierenden - das muß wachsen, das braucht Zeit! Das muß von den Menschen in beiden Staaten getragen werden und nachvollzogen werden, wenn es Bestand haben soll.

In Bremen haben wir seit Jahren versucht, unseren bescheidenen Beitrag zu diesem Bemühen zu leisten. Wir haben es nicht dabei bewenden lassen, gutgemeinte Deklarationen abzugeben; wir sind vielmehr davon ausgegangen, daß der erste und wichtigste Schritt nach so viel Jahren des Von-einander-abgeschnitten-seins der Austausch von Informationen sein müsse. Informationen sind der Feind von Vorurteilen und Mißverständnissen; deswegen organisierten wir "Hafentage" in Danzig, eine "Bremen-Ausstellung" in Warschau, "Polnische Wochen" in Bremen und schließlich im Frühjahr 1976 Ausstellungen

Über "Stadtplanung und Denkmalschutz in Polen" im alten Bremer Rathaus. Daß sich dabei und daraus auch vielfältige menschliche Begegnungen, diemitliche Kontakte und persönliche Freundschaften entwickelt haben, das war durchaus beabsichtigt.

Vorläufiger Höhepunkt dieser gemeinsamen Bemühungen, die in der Bremer Bevölkerung ein breites und durchweg positives Echo gefunden haben, ist der Abschluß einer "Rahmenvereinbarung zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Stadt Gdansk in der Volksrepublik Polen" (so der offizielle Titel des Dokuments) gewesen. Die feierliche Unterzeichnung erfolgte im historischen Rathaus von Danzig.

Eine Städtepartnerschaft mehr, was soll's, wird man mir vielleicht entgegenhalten. Aber es ist nicht der Stolz des Bremer Bürgermeisters, der aus mir spricht, wenn ich feststelle, daß diese Rahmenvereinbarung weit über das hinausgeht, was landläufig unter Städtepartnerschaft verstanden wird.

Diese Vereinbarung, unterzeichnet zwar von den jeweiligen Stadtregierungen, ist nämlich nur zu einem geringen Teil auf offizielle oder gar repräsentative Kontakte gerichtet. Im wesentlichen will sie eine Plattform schaffen für die Begegnung auf vielen Ebenen des öffentlichen und des gesellschaftlichen Lebens. Sie ermöglicht, um nur ein paar Beispiele zu nennen, den kulturellen Austausch ebenso wie die sportliche Begegnung, sie berücksichtigt die Belange des Fremdenverkehrs, und sie verspricht Förderung allen Bemühungen der Massenmedien um die Verbreitung zuverlässiger Informationen. Sie sorgt dafür, und das ist entscheidend, daß es keine Einbahnstraße in der Zusammenarbeit gibt. Alles wird sich auf der Basis der Gegenseitigkeit vollziehen. Der Stadtpräsident von Gdansk, Kaznowski, sagte dazu: "So dienen wir am besten den Interessen der Menschen."

Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Nur noch dies: Die "Rahmenvereinbarung" zwischen Bremen und Danzig ist die erste zwischen einer Stadt in der Bundesrepublik Deutschland und einer Stadt in der Volksrepublik Polen. Sie ist nur möglich geworden durch die Ratifizierung der deutsch-polnischen Vereinbarungen. Auch sie markiert ein Stück Neubeginn zwischen unseren Völkern. Sie signalisiert ein Stück neuen Vertrauens in die Zukunft. Sie ist ein Modell. Und das nicht nur im technischen Sinne. (-/21.4.1976/Sa/e/pr)

Perspektiven deutsch-afrikanischer Beziehungen

Sonn braucht eine aktive deutsche Afrikapolitik

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Im Herbst 1973 hatte eine FRELIMO-Delegation anlässlich eines Gespräches mit der sozialdemokratischen Führung deutlich gemacht, daß sie "wegen des Widerspruches zwischen den von der SPD erwähnten humanitären Prinzipien und der mangelnden Durchsetzung dieser Prinzipien" auf humanitäre Hilfe seitens der Partei verzichte. Zur Feier der Unabhängigkeit Mozambiques wurde die Bundesregierung demonstrativ nicht eingeladen.

Dies sind Zeichen dafür, daß "Resolutionspolitik" und Lippenbekenntnisse die Kluft zwischen den wirtschaftlich Mächtigen und den um ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit kämpfenden nicht überbrücken können. Die Ereignisse im südlichen Afrika zeigen, daß die Kräfte, die dort zweifellos die politische Zukunft bestimmen werden, unser Postulat nach der Trennung von Handel und Politik nicht hinnehmen werden. Auch die Argumentation der Bundesregierung, daß unsere liberale Wirtschaftsordnung die Steuerung der Aktivitäten freier deutscher Unternehmer in Südafrika, Namibia und Zimbabwe nicht zulasse, wird nicht überall in Afrika akzeptiert. Man glaubt dort nicht, daß eine westdeutsche Regierung, die diese Bezeichnung verdient, in Fragen der Produktion und des Handels durch ihre Bürger machtlos sei.

Andererseits war die Bundesregierung maßgeblich an der Schaffung eines positiven Aktivpostens in den europäisch-afrikanischen Beziehungen beteiligt: der Konvention von Lomé. Der Verzicht auf Gegenpräferenzen, die weitere Marktöffnung, das noch nie dagewesene System zur Stabilisierung von Exporterlösen sowie die verstärkte finanzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit machen deutlich, daß Kooperation möglich, Konfrontation vermeidbar und Solidarität praktizierbar ist.

Aus dieser Skizze der komplexen und sich stetig fortentwickelnden Beziehungen zwischen den afrikanischen Ländern und der Bundesrepublik Deutschland auf dem Hintergrund des jüngsten weltpolitischen Wandels ergeben sich einige Wegmarken:

1/ Den Forderungen nach einer Neuordnung der Weltwirtschaft dürfen die Industriestaaten nicht mit bloßer Ablehnung begegnen. Bei den offensichtlichen Ungleichgewichten und Ungerechtigkeiten der Marktwirtschaft haben im Prinzip Korrekturen einzusetzen. Strittig können nur die Instrumente und ihre Verwendung sein. Wir selbst verfügen seit der ersten Phase der Nachkriegszeit über ein reichhaltiges Instrumentarium zur Beseitigung oder Verhinderung wirtschaftlicher und sozialer Ungerechtigkeiten, die durch den Markt verursacht worden sind. Solche Instrumente können in sorgfältig überlegten Schritten auch für die internationale Wirtschaftsordnung fortentwickelt werden.

2/ Wir werden uns unserer Verpflichtung zur Fortführung und Erweiterung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht entziehen. Dies liegt langfristig in unserem eigenen Interesse als rohstoffabhängiges Man-

delsland, aber auch in unserer Verpflichtung aus politischer Solidarität jenen Ländern gegenüber, deren wirtschaftliche und soziale Lage unendlich schlechter ist als unsere.

3/ Die vielfältigen und meist freundschaftlichen Beziehungen zwischen uns und den Ländern Afrikas sind ein weiterer zu pflegender und zu ergänzender positiver Faktor. Dies muß auch für die regionalen und subregionalen Organisationen dort gelten, denn die Lösung wichtiger Zukunftsprobleme muß wie in Europa auch in Afrika großräumig und zum Teil auf Übernationaler Ebene erfolgen. Deshalb müssen Einigungs- und Kooperationsbestrebungen dieses Kontinentes unsere Unterstützung und unser Kooperationsangebot auch dann erhalten, wenn sie uns gegenüber gelegentlich kritisch Stellung nehmen.

4/ Der Handelsaustausch mit der Südafrikanischen Republik hat für uns nennenswerte Bedeutung, und er spielt selbst für einige Länder Afrikas eine gewisse Rolle. Deshalb zeigen sich gerade bei der von uns postulierten Trennung von Wirtschaft und Politik in unserem Verhältnis zum südlichen Afrika neue Möglichkeiten, die es auszuschöpfen gilt. Eine Beteiligung am Rüstungsgeschäft mit Südafrika hat für uns auch künftig eindeutig zu unterbleiben. Wir können auf Pretoria verstärkt einwirken, um Namibia unverzüglich in die Unabhängigkeit zu entlassen; in Zimbabwe darauf zu drängen, daß die Mehrheit der Bevölkerung ihre politischen und wirtschaftlichen Rechte bekommt; und die Rassentrennung im südlichen Afrika in jeder Hinsicht aufzuheben.

5/ Wir nehmen als Handelspartner, Investor und Geberland für Entwicklungshilfe auf dem afrikanischen Kontinent eine gewisse Position ein, aus der notwendigerweise auch politische Verpflichtungen resultieren. Diese gilt es bewußt und zukunftsträchtig zu gestalten. Nur wenn es uns gelingt, unserer Wirtschaftskraft stärker profilierte politische Konzepte zugrunde zu legen, werden wir Erwartungen erfüllen und jene positive Rolle spielen können, die unsere Partner von uns fordern und wir selbst von uns verlangen sollten.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich dieses Ziel selbst gesteckt. Die Grundwerte des Godesberger Programms, zu denen unsere Solidarität mit den unterdrückten und benachteiligten Völkern der Dritten Welt ebenso gehört wie unser partnerschaftlicher Beistand bei der Lösung ihrer Probleme, gelten auch heute noch. Eine Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung muß diese Grundwerte in praktische Politik umsetzen, auch in unserem Verhältnis zu den afrikanischen Ländern und Völkern. (-/21.4.1976/ve/e/or)

+ + +

Klarstellungen durch Biedenkopf

Zum Thema Alternative oder Alternativlosigkeit

Seit Jahr und Tag werden die beiden Unions-Parteien der Bundesrepublik mit der Forderung konfrontiert, den Positionen und Konzeptionen der sozial-liberalen Koalition und ihrer Bundesregierung konkrete, brauchbare und realisierungsfähige Alternativen entgegenzusetzen, weil anders die an allem und jedem herumklingende Kritik der Opposition zu ihrer Selbststillegung führen muß, die im übergeordneten Interesse der Gesellschaft und des Staates bedenklich und schädlich ist. Seit Jahr und Tag stehen die beiden Unions-Parteien dieser Forderung mit leeren Händen gegenüber, weil sie sich bisher jedenfalls zur Entwicklung und Formung solcher Alternativen unfähig erwiesen haben und weil ihre Gruppierungen untereinander so zerstritten sind, daß eine innerparteiliche Regelung auf einen vernünftigen Kompromiß, den man danach auch als konstruktive Alternative anbieten könnten, offensichtlich nicht möglich ist. Auch noch so großartige Reden der führenden Politiker der beiden Unions-Parteien ändern nichts an diesem trostlosen Tatbestand und an dem desolaten Zustand dieser christlich-konservativen Parteiengruppe, deren einziges Ziel nur die Wiedererringung der Macht im Staat ist, weil sie sich als außerstande gesehen und erwiesen hat, die staats- und gesellschaftspolitisch notwendige Rolle einer demokratischen Opposition zu verwirklichen.

Und jetzt kommt der alerte und zungenfertige Generalsekretär der größeren dieser beiden Unions-Parteien daher und versucht, das eigene Versagen in der Bundesrepublik den Sozialisten in Italien als Verschulden für die innere Situation in diesem EG- und NATO-Partnerstaat zu unterchieben. Prof. Dr. Kurt Biedenkopf sieht die Erklärung für eben diese innere Situation Italiens darin, daß sie Sozialisten dort angeblich niemals eine vernünftige Alternative zur Democrazia Italiana gebildet hätten.

Dazu bleibt aus sozialdemokratischer Sicht nur noch folgendes zu sagen: 1/ räumt also der CDU-Generalsekretär vor aller Öffentlichkeit ein, daß das jahrzehntelange Regiment der CDU/CSU-Bundespartei democrazia italiana hauptverantwortlich ist für die innere Situation Italiens und damit für das den ganzen Westen beunruhigende Erstarken des italienischen Kommunismus, und 2/ stellt Prof. Biedenkopf fest, daß das Programm des demokratischen Sozialismus eine "vernünftige" Alternative zur Politik der christlich-konservativen Parteiengruppierung im europäischen Westen ist. Sie hat sich, was hinzuzufügen ist, als solche in allen Staaten positiv und nützlich erwiesen, in denen die Sozialdemokraten die führende Regierungspartei sind und wo die Kommunisten deshalb keine Rolle spielen.

Man wird dem CDU-Generalsekretär für die CDU-offizielle Klarstellung dank zu sagen haben. Diese Klarstellung räumt Mißverständnisse innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik aus, und sie kann der SPD für den jetzt anlaufenden Wahlkampf um den Sieg am 3. Oktober nur willkommen sein.

(e/21.4.1976/Se/e/pr)

+ + +

Hilfen für Lärm- und Wärmeschutz im Altbau

Sonderabschreibungen vom Finanzausschuß verabschiedet

Von Dr. Rolf Böhme MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Der Finanzausschuß des Bundestages hat als mitberatender Ausschuß das Modernisierungsgesetz mitberaten und dabei einen Zusatz gemacht, der einen wichtigen Einstieg für künftige ähnliche Regelungen darstellen könnte. Die gesetzliche Ermächtigung zur Regelung von Sonderabschreibungen für Anlagen und Einrichtungen bei Wohngebäuden wurde nämlich zum ersten Male auf zwei wichtige Gebiete erweitert, die bisher nicht an der Sonderabschreibung teilnehmen konnten: Lärmeschutz und Wärmeabdämmung. Künftig können alle Herstellungskosten für Anlagen und Einrichtungen bei Wohngebäuden, die ausschließlich dem Wärmeschutz und Lärmeschutz zu dienen bestimmt sind, besonders abgeschrieben werden und zwar zehn vH jeweils im Jahr der Herstellung und in den folgenden neun Jahren.

Der Finanzausschuß hat mit dieser Neuregelung zum Ausdruck gebracht, daß Wärme- und Schallschutz bei den Altbauten künftig von großer Bedeutung sein wird. Für den Lärmeschutz versteht sich dies fast von selbst, weil die Lärmplage an den Ausfallstraßen und in der Innenstadt zu einer modernen Heim-suchung geworden ist. Die steuerlichen Sonderabschreibungen sollen die Bürger besser in den Stand setzen, sich gegen die Lärmbeeinträchtigung selbst zu schützen und Fenster, Türen, Mauern entsprechend zu bewahren.

Beim Wärmeschutz hat der Finanzausschuß berücksichtigt, daß die Kosten für den Heizenergiebedarf besonders gestiegen sind und auch im Volumen im Energiehaushalt den größten Platz beanspruchen: Die Raumheizung verschlingt nahezu 40 vH unseres Energiebedarfs, bekommt für die Zukunft die höchsten Steigerungsraten prognostiziert und läßt gleichzeitig heute 70 vH der Energie nutzlos entweichen. Der Grund für die Energieverschwendung ist nicht Nachlässigkeit der Bürger, sondern liegt einfach darin, daß die Heizenergie durch die Wände der Häuser ins Freie entweicht. Fehlende Wärmedämmung stellt in den Wintermonaten den Hauptteil der verlorenen Energie dar. Deutschland ist, was die Dämmung unserer Altbauten angeht, ein Entwicklungsland.

Für Neubauten wurde inzwischen durch eine Neufassung von Bauvorschriften der Wärmeschutz im Hochbau verbessert (DIN 4109 Wärmeschutz im Hochbau). Aber was ist mit den Altbauten? Wurde nicht gerade die Wärmedämmung bei den billigen Wohnungen am leichtesten gehandhabt mit der Folge, daß die steigenden Heizungskosten vor allem die Sozialwohnungen und die vielen Mieter mit dem kleinen Geldbeutel treffen? Gerade aus diesen Gründen war es eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit, eine Verbesserung der Wärmedämmung durch Sonderabschreibungen wenigstens zu versuchen. Gleichzeitig kann damit erreicht werden, daß mehr Arbeiten an Altbauten vorgenommen und damit Arbeitsplätze gesichert werden, und zwar dezentral über das ganze Land verteilt und zugunsten der kleinen und mittleren Betriebe des Handwerks.

(-/21.4.1976/Se/s/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller